

Nichthaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2024/2025

Vorbemerkung:

Die Anträge sind wie folgt aufgeführt:

- a) Anträge der CDU-Fraktion
- b) Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- c) Anträge der SPD-Fraktion
- d) Anträge der Fraktion sozial.ökologisch.links.
- e) Anträge der Fraktion Freie Wähler Frauen
- f) Anträge der Fraktion „Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd“
- g) Anträge der Gruppierung FDP/FW

Inhaltsverzeichnis

1. Städtebaulicher Entwicklungsbereich „Westliches Stadttor“ / Europapark 16	2
2. Hallensanierungen/Sanierung Scheffoldhalle	2
3. Bericht des Verfassungsschutzes mit dem Fokus auf Antisemitismus	3
4. Änderung der Hauptsatzung	3
5. Darstellung der Klimabedeutsamkeit in allen Vorlagen, die eine Investition ab 120.000 € oder eine Planungsleistung zum Inhalt haben	3
6. Breitbandausbau	4
7. Information über den Stand der Qualifizierungsoffensive	5
8. Kindergartenbedarfsplanung - Bericht Betreuungssituation durch Vertreter des Gesamtelternbeirats	5
9. „Masterplan Klimaneutralität 2035“	6
10. Investitionsliste mit Angabe des Planungs- bzw. Umsetzungsstands	6
11. Bericht Personaleinsatz – Umschulungsmöglichkeiten	7
12. „Erneute Beratung im Gemeinderat Grüne Urbanität (Fokusbereich Marktplatz)“	7
13. Leerstandsmanagement	8
14. Neukonzeption Jugendgemeinderat	8
15. Runder Tisch Inklusion	9
16. Bericht Wohngeld	10
17. Sozialberatung Raumsituation	10
18. Machbarkeit eines Spielplatzes im Bereich des Stadtgartens	10
19. Bericht zum Technologiepark Aspen	11

1. Städtebaulicher Entwicklungsbereich „Westliches Stadttor“ / European 16

- a) Was passiert mit den Plänen aus dem „European“ Wettbewerb?
Wir sehen leider noch keinen Schritt in diese Richtung und beantragen zeitnah einen Sachstandsbericht und eine verbindliche Planung wann es endlich voran geht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Gebiet „Westliches Stadttor“ wurde in das Bund-Länder-Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ aufgenommen und wird künftig mit 1,7 Mio. € aus Finanzmitteln der Städtebauförderung gefördert. Herr Macht, einer der Gewinner des European 16-Wettbewerbs, wurde mit der Erstellung eines Rahmenplans für das Westliche Stadttor beauftragt. Der Rahmenplan entsteht auf der Basis der Ergebnisse des European-Wettbewerbs und den gesammelten Anmerkungen und Vorschlägen aus den verschiedenen Bürgerbeteiligungsformaten (Bürgerbefragung, Bürgerinfo, Ausstellungseröffnung). Zusätzlich wurden Einzelgespräche mit Grundstückseigentümern, insbesondere der Schlüsselgrundstücke, geführt. Diese gesammelten Informationen sind nun bei der Erstellung des Rahmenplanentwurfs „Westliches Stadttor“ eingeflossen. Der Rahmenplanentwurf soll am 28.02.2024 im KUEBA vorgestellt und dem Gemeinderat am 06.03.2024 zum Beschluss vorgelegt werden. Der beschlossene Rahmenplan „Westliches Stadttor“ ist dann die Grundlage zum erforderlichen Bebauungsplanverfahren.

2. Hallensanierungen

- a) Überprüfung der Priorisierung der aktuellen Maßnahmen im Bereich der Hallensanierungen. Sofern möglich, Aufschiebung von nicht dringenden Maßnahmen zugunsten von dringend notwendigen Sanierungen bspw. bei sanitären Anlagen.

Sanierung Scheffoldhalle

- d) „Der aktuelle Doppelhaushalt enthält eine Reihe von Investitionen in Maßnahmen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung. Aber eine relevante Maßnahme ist erst einmal verschoben, die nachhaltige Sanierung der Scheffoldhalle in Unterbettringen. „Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre hat den Vereinten Nationen zufolge im vergangenen Jahr neue Höchststände erreicht,“ erklärte die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in einem neuen Bericht ganz aktuell. Die s.ö.l-Fraktion nimmt diese Berichte sehr ernst und beantragt die Verwaltung zu beauftragen, Sparvorschläge zu unterbreiten, um diese Sanierung, auch im Sinne des Sports, möglich zu machen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Hallenranking sollte in seiner Rangfolge nicht infrage gestellt werden. Die Systematik der Bewertung nach den sechs Zustands-Kategorien

Hülle
Ausbau
Elektro
Heizung
Sanitär
Energiekosten/-bedarf

führt zu einer klaren Bewertungsmatrix. Demnach sind die Sporthalle ASR und die Sporthalle Scheffold-Gymnasium in allen sechs Kategorien am schlechtesten bewertet und genießen höchste Priorität. Einzelne Maßnahmen daraus vorzuziehen, führt zu zusätzlichen Kosten, da in jedem Fall die Heizungserneuerung und Warmwasser in einem Abschnitt erneuert werden müssen und im Zusammenhang mit Hüllensanierung und weiteren Ausbaumaßnahmen zu sehen sind.

Nur wenn die Halle in einem Zug gedämmt wird, können die Heizanlagen entsprechend niedriger ausgelegt werden. Deshalb empfiehlt die Verwaltung die Maßnahme aber im nächsten Doppelhaushalt tatsächlich haushalterisch „zu sichern“.

Das Amt für Gebäudewirtschaft wird im zweiten Quartal 2024 mit der Planung der Hallensanierung beginnen, um bei allen weiteren Förderanträgen entsprechend wettbewerbsfähige Plananträge liefern zu können.

Dennoch wird das Amt für Gebäudewirtschaft unabhängig davon weitere unterschwellige Schönheitsreparaturen und Spezialreinigungen prüfen und wo es sinnvoll und möglich ist, umsetzen.

3. Bericht des Verfassungsschutzes mit dem Fokus auf Antisemitismus

- a) Herr Oberbürgermeister, wir hatten in der Vergangenheit schon den Austausch mit dem Verfassungsschutz gepflegt, beantragen aber aufgrund der aktuellen Geschehnisse einen weiteren Bericht mit dem Fokus auf Antisemitismus.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung wird mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Kontakt aufnehmen. Wenn möglich noch vor der Sommerpause soll dann ein Vertreter des Verfassungsschutzes in einer nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats zum Thema „Antisemitismus“ berichten.

4. Änderung der Hauptsatzung

- a) „Erweiterung des Satz 35 um folgenden Text:
(...) Vorlage von Ausschreibungen, Angeboten, Nachträgen, Rechnungen sowie alle mit der Investition oder Aufwendung in Zusammenhang stehenden Dokumente, welche den Wert von 1.000.000 € im Einzelfall überschreiten, nachdem die Maßnahme abgeschlossen wurde, zur Kenntnisnahme im darauffolgenden Verwaltungsausschuss.
(...)“

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch die Hauptsatzung sind die Zuständigkeiten bereits jetzt klar geregelt. Bei Werten über 120.000 € bzw. 300.000 € in den Stadtteilen entscheidet der Verwaltungsausschuss über die Durchführung investiver Maßnahmen, bei Maßnahmen über 500.000 € der Gemeinderat. Die Aufbereitung und Prüfung der Angebote ist Aufgabe der Verwaltung. Die Richtigkeit wird vom Rechnungsprüfungsamt (Bauprüfung) regelmäßig und zudem von der Gemeindeprüfungsanstalt überprüft. Die Angebote werden dem Gemeinderat vor der Beschlussfassung vorgelegt. Bei investiven Maßnahmen, bei denen sich eine Kostensteigerung ergibt, muss der Gemeinderat darüber Beschluss fassen. Die Stadtverwaltung schlägt daher vor, das bisherige Verfahren beizubehalten, um keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand zu erzeugen.

5. Darstellung der Klimabedeutsamkeit in allen Vorlagen, die eine Investition ab 120.000 € oder eine Planungsleistung zum Inhalt haben

- b) Transparente, nachvollziehbare Darstellung der Klimabedeutsamkeit in allen Vorlagen, die eine Investition ab 120.000 € oder eine Planungsleistung zum Inhalt haben.

Stellungnahme der Verwaltung:

Um die Gemeinderäte über den Sachverhalt zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt zu informieren, werden alle Informationen in einer Vorlage aufbereitet, zusätzlich findet bei komplexen und vielschichtigen Themen ein Sachvortrag in der Sitzung statt. Bei Vorlagen mit Klimarelevanz wird das Amt für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung in die Erstellung der Vorlage in den Ämterumlauf einbezogen. Die Stadtverwaltung schlägt daher vor, das bisherige Verfahren beizubehalten um auch hier keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand zu erzeugen.

6. Breitbandausbau

- c) „Die SPD-Fraktion beantragt Informationen darüber, welche Mittel für den Breitbandausbau in 2022/2023 tatsächlich abgeflossen sind und welche Maßnahmen konkret umgesetzt werden konnten. Was ist noch offen aus dem aktuellen Haushalt? Wurden Maßnahmen mittels Ermächtigungsübertragung in den neuen Haushaltsentwurf übernommen? Welche Schulen sind noch nicht mit „schnellem“ Internet versorgt? Im Doppelhaushalt 2022/2023 waren für Breitbandinfrastrukturmaßnahmen insgesamt 11,4 Mio. € eingestellt.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Für den Breitbandausbau in 2022/2023 sind Mittel i.H.v. 1.233.313,65 € abgeflossen.

Wesentliche Maßnahmen waren:

- 1.) Die Glasfaseranbindung der weiterführenden Schulen, d.h. Scheffold-/Hans-Baldung-/Parler-Gymnasium, Adalbert-Stifter-Realschule, Schiller-Realschule sowie Waldorfschule und St. Josef. Zudem wurden aufgrund des Ausbaus der VGW und der dadurch möglichen Nutzung von Synergieeffekten die Friedensschule und die Grundschule Großdeinbach ausgebaut. Die Mozartschule erhielt eine glasfaserähnliche Richtfunkanbindung. Die restlichen Schulen werden im Zuge des weiteren, nun zur Ausschreibung anstehenden Ausbaus der „Weißen Flecken“ umgesetzt. Insgesamt ergeben sie folgende Versorgungen in den städtischen Schulen:

Nr.	Schule	Anschluss	Download	Glasfaserausbau Weiße Flecken
1	Adalbert-Stifter-Realschule	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
2	Eichenrainschule Grundschule	VDSL	60 Mbit/s	noch ausstehend
3	Friedensschule	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
4	Grundschule Grossdeinbach	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
5	Grundschule Hardt	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
6	Grundschule Weiler	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
7	Hans-Baldung-Gymnasium	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
8	Klösterleschule	Glasfaser (Stadt)	1 Gbit/s	noch ausstehend
9	Mozartschule GHS	Richtfunk	1 Gbit/s	noch ausstehend
10	Parler-Gymnasium	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
11	Pestalozzischule	Coax	1 Gbit/s	noch ausstehend
12	Rauchbeinschule GS m.WRS	VDSL	100 Mbit/s	noch ausstehend
13	Römerschule Strassdorf	VDSL	100 Mbit/s	noch ausstehend
14	Scheffold-Gymnasium	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
15	Scherr-Grundschule Rechberg	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
16	Scheuelbergschule	VDSL	60 Mbit/s	noch ausstehend
17	Schiller-Realschule	Glasfaser	1 Gbit/s	bereits erfolgt
18	Stauferschule	VDSL	100 Mbit/s	noch ausstehend
19	Theodor-Heuss-Schule	Coax	1 Gbit/s	noch ausstehend
20	Uhlandschule Bettringen	Coax	1 Gbit/s	noch ausstehend

		Download	Upload	
	Glasfaser	1 Gbit/s	1 Gbit/s	
	Coax	1 Gbit/s	50 Mbit/s	
	VDSL	100/60 Mbit/s	50/30 Mbit/s	

- 2.) die Glasfaser-Heranführungen an die Neubaugebiete Holder II (Großdeinbach), Strutfeld II (Bargau), Teckstraße-Süd (Hussenhofen) und Vogelhof (Kernstadt) inkl. der Herstellung von ca. 105 Hausanschlüssen bei Anliegern direkt an der Trasse;
- 3.) 660 m Mitverlegung Mikrorohrverbund beim Ausbau der VGW in Großdeinbach und Herlikofen für den späteren Ausbau der Weißen Flecken;
- 4.) Ausschreibung und Erstellung der Planung für den Ausbau der Weißen Flecken durch das Planungsbüro seim&partner.

Auf Grund der Komplexität des Themenbereichs, insbesondere auch hinsichtlich des Ausbaus der restlichen Schulen und der Weißen Flecken, wird die Verwaltung eine Gemeinderatsdrucksache vorbereiten und die weiteren Entwicklungen zum Breitbandausbau im 2. Quartal 2024 im Verwaltungsausschuss vorstellen.

7. Information über den Stand der Qualifizierungsoffensive

- c) „Die SPD-Fraktion beantragt, einen Austausch mit der Agentur für Arbeit zum Stand der Qualifizierungsoffensive bis zu den Sommerferien auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzen. Vor ungefähr zwei Jahren wurde dem Gemeinderat die Studie „Future Skills“ der Agentur Q vorgestellt. In der Studie wurde klar definiert, welche Schlüsselqualifikationen Fachkräfte für die erfolgreiche Bewältigung der Transformation aufweisen bzw. mitbringen müssen. Deshalb fragen wir, wie der aktuelle Stand der Qualifizierungsoffensive von Fachkräften in der Region und konkret im „Gmünder Raum“ ist.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung wird hierzu die Leiterin der Agentur für Arbeit, Claudia Prusik, zu einem Bericht in den Gemeinderat einladen.

8. Kindergartenbedarfsplanung - Bericht Betreuungssituation durch Vertreter des Gesamtelternbeirats

- c) Die SPD-Fraktion beantragt erneut, zu den Beratungen der Kindergartenbedarfsplanung jeweils eine Vertretung des Gesamtelternbeirats Kindertagesstätten mit der Bitte um einen Bericht zur aktuellen Betreuungssituation, einzuladen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Gesamtelternbeirat der Kindertagesstätten in Schwäbisch Gmünd ist bei allen Gremienberatungen eingebunden. Sowohl bei der Arbeitsgruppe Frühkindliche Bildung, der Trägerkonferenz als auch allen relevanten Sitzungen des Gemeinderates bzw. der Ausschüsse. Im Vorfeld der Bedarfsplanung findet auch eine Abstimmung zwischen Elternbeirat und dem Amt für Bildung und Sport statt. Innerhalb der Sitzung kann dem Elternbeirat gerne Gelegenheit zur Stellungnahme zu konkreten Fragestellungen rund um die Bedarfsplanung gegeben werden. Dies erfolgt im Rahmen der Beratung durch den Oberbürgermeister.

9. „Masterplan Klimaneutralität 2035“

- c) Die SPD-Fraktion erneuert ihren Antrag zur Erstellung eines „Masterplans Klimaneutralität 2035“.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit dem Beschluss zur Erreichung der Klimaneutralität Schwäbisch Gmünds bis 2035 hat der Gemeinderat am 30. März 2022 ein Klimaschutzkonzept und den Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen (Masterplan)“ verabschiedet. Mit dem Einstieg in den European Energy Award (EEA) nimmt die Stadt Schwäbisch Gmünd an einem europaweit standardisierten und auditierten Prozessmanagement teil, das den Weg hin zur Klimaneutralität 2035 unterstützt und ein Controlling der anvisierten Klimaschutzmaßnahmen durch interne und externe Validierung ermöglicht. Mit Hilfe dieses Instrumentes wird Schwäbisch Gmünd konkrete Maßnahmen für die folgenden Jahre einplanen. Klar ist, dass diese, soweit sie den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt tangieren, nur im Rahmen der Möglichkeiten des Doppelhaushaltes 2024/2025 belastbar geplant werden können. Mit der Besetzung der Leitung des Amtes für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung zum 1. Januar 2024 wird die Arbeit mit dem EEA in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzmanager und dem EEA-zertifizierten Berater Dipl.-Ing. Uwe Schelling - Büro für Klimaschutz und Energie intensiviert, mit dem Ziel eines fortgeschriebenen Maßnahmenkataloges „Gmünd für morgen“ als Masterplan für die Klimaneutralität bis 2035, zu erarbeiten. Mit der Zertifizierung bietet der EEA die Möglichkeit, die Zielerreichung im Blick zu behalten.

Siehe auch Stellungnahme der Verwaltung zu den haushaltswirksamen Anträgen der Fraktionen zum Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, hier Ziffer 26 „Klimaaktionsplan für Schwäbisch Gmünd“ (Anlage 1 zur GR-Drucksache Nr. 230/2023/1.

10. Investitionsliste mit Angabe des Planungs- bzw. Umsetzungsstands

- c) „Die SPD-Fraktion beantragt die Anfertigung einer Maßnahmenliste für Investitionen aus der hervorgeht, in welchem Planungs- oder Umsetzungsstadium sich die einzelne Maßnahme befindet. Die Liste ist halbjährlich zu aktualisieren. Gemeinderäte können aus dem Investitionsprogramm lediglich herauslesen, wann welche Maßnahme etatisiert ist. Daher benötigen wir eine tiefergehende Information über den Bearbeitungsstand der einzelnen Maßnahmen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Zusammenhang mit der Planung und Umsetzung einzelner Investitionsmaßnahmen sind oftmals sehr komplexe Prozesse und Abstimmungsverfahren verbunden.

Die Darstellung aller Maßnahmen in einer Liste, verbunden mit der entsprechenden Statusabfrage bei den zuständigen Fachämtern, wäre regelmäßig nicht nur mit einem sehr hohen administrativen Aufwand verbunden, sondern der entsprechende Mehrwert einer solchen Liste wäre aus Sicht der Verwaltung auch eher gering.

Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung zum einen vor, den Gemeinderat, insbesondere bei den großen und politisch bedeutsamen Vorhaben (i.d.R. Gesamtkosten > 1 Mio. €), über den aktuellen Entwicklungsstand auf dem Laufenden zu halten. Hierzu wird die Verwaltung regelmäßig im KUEBA, unter dem TOP „Ausblick auf künftige Vorhaben“, über den aktuellen Stand einzelner Projekte berichten.

Zum anderen wird die Verwaltung, im Rahmen des Finanzzwischenberichtes zum 30.09. eines jeden Jahres, dem Gemeinderat eine entsprechende Gesamtübersicht über den Mittelabfluss bei allen investiven Maßnahmen übergeben.

Zusätzlich bleibt es dem Gemeinderat selbstverständlich jederzeit vorbehalten, den Stand bei einzelnen Maßnahmen punktuell abzufragen.

11. Bericht Personaleinsatz – Umschulungsmöglichkeiten

- d) „Außerdem bitten wir die Verwaltung um einen Bericht, ob sie Möglichkeiten sieht, vorhandenes Personal so umzuschulen, dass die Planung der Maßnahmen Fahrradstraße Schwerzerallee, Sanierungsgebiet Schmidgassen, Verbesserungsvorschläge der interfraktionellen Radgruppe (s. haushaltswirksame Anträge Ziffern 22, 23 und 24) zügiger vorangehen kann.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Bereits bisher werden verwaltungsintern Beschäftigte bei Bedarf intern umgesetzt und - falls dies notwendig ist - für neue Aufgaben qualifiziert. Dies hat aber Grenzen. Verwaltungsfachangestellte können nicht die Aufgaben eines Planers, Ingenieurs oder Architekten übernehmen, nicht nur aus inhaltlichen, sondern auch aus haftungsrechtlichen Gründen. Die genannten Beispiele sind zudem nicht aus personellen, sondern aus inhaltlichen und finanziellen Gründen noch nicht umgesetzt. Das neu geschaffene Amt für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung ist nach einer Phase hoher Fluktuationen und Krankheiten von Mitarbeitern inzwischen wieder voll besetzt. Die Verwaltung ist überzeugt, dass die Aufgaben mit großem Engagement und wirkungsvoll umgesetzt werden.

12. „Erneute Beratung im Gemeinderat Grüne Urbanität (Fokusbereich Marktplatz)“

- d) „Grüne Urbanität: Die s.ö.l.-Fraktion ist froh, dass wir mit Hilfe des Bundesprogramms einige Maßnahmen umgesetzt haben und weiterhin umsetzen werden. Für den Johannisplatz erwartet die Fraktion nochmals eine Vorlage über die konkrete Umsetzung. Die Fraktion ist zusammen mit der BI Stadtklima und vielen Bürgerinnen und Bürgern der Auffassung, dass dort das Konzept des Landschaftsarchitekten Köber eins zu eins umgesetzt werden sollte. Für den Bereich Marktplatz möchte die Fraktion vor der Vergabe der Planung für das Wasserspiel nochmals eine Diskussion im Gemeinderat, um darüber zu entscheiden. Die s.ö.l.-Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, dass wir dringend eine Begründung für den unteren und den mittleren Marktplatz benötigen und dass dies mit den Veranstaltungen zusammen gehen kann. Außerdem wurden bereits in der Altstadt einige Bereiche mit Wasserspielen geschaffen und es steht zu befürchten, dass wir in naher Zukunft im Sommer gar nicht mehr ausreichend Wasser zur Verfügung haben werden.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung stimmt dem Antrag zu und möchte bereits heute auf die anstehende KUEBA-Sitzung am 20. März 2024 hinweisen, wo unter anderem der aktuelle Stand des Förderprogramms ZIZ, Realisierung und weitere Maßnahmen Grüne Urbanität (insb. Projekt Baubotanik) sowie des gesamten Unteren Marktplatzes präsentiert und diskutiert werden soll.

Wie bereits in unserer Stellungnahme zum haushaltswirksamen Antrag Nr. 12 (Grüne Urbanität, Baubotanik und Fontänenfeld) erwähnt:

Für das Fontänenfeld sind im Haushaltsentwurf (Investitionsnummer 5510T-0013) 50.000 € vorgesehen. Diese Mittel sind nicht beschränkt auf den Bau des Fontänenfeldes zu sehen. Vielmehr soll ein Gesamtkonzept für den Unteren Marktplatz erstellt werden. Ziel der ganzheitlichen Planung ist nicht nur die Integration des Elements Wasser, sondern auch eine entsprechende Eingrünung mit Bäumen.

Für die Baubotanik (Investitionsnummer 5510T-0014) sind im Haushalt 50.000 € in 2024 und 150.000 € für 2025 veranschlagt. Auch diese Maßnahme beinhaltet Baumpflanzungen. Im Zuge der Umsetzung werden hier etliche Quadratmeter Belagsfläche entsiegelt und mehrere Bäume gepflanzt. Die signal- und mikroklimatische Wirkung ist hier gleichwertig bzw. höher einzustufen als bei entsprechenden Baumpflanzungen im herkömmlichen Sinn.

Die geplanten Maßnahmen schließen Baumpflanzungen somit nicht aus. Vielmehr verstärken sie durch eine individuelle Gestaltungsform und die Integration verschiedener Elemente die positiven Effekte von Grün in der Stadt.

13. Leerstandsmanagement

- d) Das Leerstandsmanagement bei Gewerbe- und Industrieanlagen wird aktuell nach unseren Informationen so nebenher erledigt. Gibt es da Förderprogramme, um Personal einzustellen und dann ein aktives Leerstandsmanagement zu betreiben? Wir bitten um einen Bericht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Leerstände von Industrie- und Gewerbeanlagen /-flächen werden bisher als laufende Aufgabe von der Wirtschaftsförderung erfasst und weiter vermarktet. Die Verwaltung wird hierzu im 2. Halbjahr 2024 einen Bericht erstellen.

14. Neukonzeption Jugendgemeinderat

- d) „Der Jugendgemeinderat ist ein Motor der Demokratie. Er ist Lernstube für demokratische Prozesse und gibt Jugendlichen die Möglichkeit sich gesellschaftspolitisch zu engagieren sowie die eigene Kommune mitzugestalten. Der Jugendgemeinderat besteht aus 27 Jugendlichen. Bei den Sitzungen des Jugendgemeinderats ist die Zahl der Jugendgemeinderäte häufig im einstelligen Bereich. Die s.ö.l.-Fraktion beantragt daher:“

1. Die Verbindungsgemeinderäte zum internen informellen Austausch mit der Stadtverwaltung einzuladen.
2. Mit den Jugendlichen ins Gespräch zu gehen und nach Gründen der schwachen Beteiligung zu forschen.
3. Zusammen mit der städtischen Jugendarbeit und dem Stadt- und Kreisjugendring eine Neukonzeption zu entwickeln mit dem Ziel, die Jugendlichen für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung verweist hierzu auf die Gemeinderatsvorlage 232/2023 mit der die neuen Mitglieder des Jugendgemeinderates bestellt wurden. In dieser Vorlage wurde der beantragte Sachverhalt bereits thematisiert:

„Um die zuletzt sehr schwache Beteiligung der Jugendlichen an den Sitzungen künftig zu verbessern, fanden im Sommer 2023 mehrere Gespräche zwischen dem Hauptamt und der städtischen Jugendarbeit statt und es wurde ein neues Konzept entwickelt. Künftig sollen zwischen den offiziellen Jugendgemeinderatssitzungen, die in bisheriger Form durchgeführt werden, informelle Veranstaltungen stattfinden, die von der städtischen Jugendarbeit begleitet werden und an denen ausschließlich die Mitglieder des Jugendgemeinderats sowie ggf. geladene Gäste teilnehmen. Dadurch erhofft sich die Stadtverwaltung, die Jugendlichen zu einem höheren Engagement zu motivieren und sich der Belange der Jugendlichen noch besser annehmen zu können.“

Die Verwaltung schlägt vor, dieses neue Modell zunächst zu erproben und abhängig von den damit gemachten Erfahrungen weiter zu entwickeln.

15. Runder Tisch Inklusion

- d) Auch hier regt die s.ö.l.-Fraktion einen runden Tisch an mit dem Ziel zu prüfen, ob eine Vernetzung mit den Trägern Verbesserungen bringen und ob gegebenenfalls Ehrenamtliche gewonnen werden können, um hier zu unterstützen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es gibt bereits eine Zusammenarbeit zum Thema Inklusion zur Vernetzung mit den Trägern. Diese besteht aus:

- Inklusionsbeirat
- Steuerungsgruppe Kommune Inklusiv
- Verein zur Förderung der Inklusion in Schwäbisch Gmünd e.V.

Im „Verein zur Förderung der Inklusion in Schwäbisch Gmünd e.V.“ sind alle relevanten Träger im Feld der Inklusion Mitglied:

- Lebenshilfe e.V. Schwäbisch Gmünd,
- Vinzenz von Paul gGmbH,
- Stadtverband Sport Schwäbisch Gmünd e.V.,
- Gemeindepsychiatrie im Ostalbkreis e.V.,
- Stadt Schwäbisch Gmünd,
- Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd,
- Stiftung Haus Lindenhof,
- Habila GmbH,
- Canisius gGmbH,
- DRK Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V.
- Ostalbkreis und
- Diakonie Stetten

Zudem arbeiten die Projektleitungen von Kommune Inklusiv, die Inklusionsbeauftragte und die beteiligten Träger der Steuerungsgruppe von Kommune Inklusiv aktuell an einem Nachfolgeprojekt von Kommune Inklusiv. Dieses soll sich (geplant) um folgende Themen kümmern:

- Schulung, Vernetzung und Befähigung von Ehrenamtlichen zum Thema Inklusion
- Schulungen/ Infoveranstaltungen zum Thema Inklusion für Interessierte
- Gelungene Kommunikation (Digitale Teilhabe & Unterstützte Kommunikation)
- Barrierefreie Veranstaltungen (Piktogramme)
- Politische Partizipation
- Teilhabe von finanziell Schwachen
- Aufbau von einer barrierefreien Räumlichkeit, einfach buchbar für soziale Gruppen, Ehrenamtliche usw.
- Corporate Volunteering

An diesem Nachfolgeprojekt werden sich voraussichtlich folgende Einrichtungen beteiligen:

- Lebenshilfe e.V. Schwäbisch Gmünd,
- Gemeindepsychiatrie im Ostalbkreis e.V.,
- Stiftung Haus Lindenhof,
- Habila GmbH,
- Canisius gGmbH,
- Diakonie Stetten

16. Bericht Wohngeld

- d) Die Bearbeitungszeiten von Wohngeldanträgen sind noch immer sehr lang. Die Wohngeld-Plus-Reform hat das Antragsaufkommen massiv gesteigert. Die Stadt hat hier auch auf unsere Anregung hin reagiert und mit umfangreichen Stellenaufstockungen reagiert. Wir möchten einen Bericht beantragen, wie sich die Wartezeiten auf die Antragszeiten verändert haben.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die GR-Vorlage 238/2023 (Wohngeldbericht 2023) wurde am 16.01.2023 im Integrationsrat und am 17.01.2023 im Sozialausschuss vorgestellt.

17. Sozialberatung Raumsituation

- d) „Ein weiteres Thema ist die Sozialberatung Schwäbisch Gmünd. Wie Sie alle wissen, befindet sich diese im Milchgässle 11 in einem städtischen Gebäude. Die Sozialberatung in Schwäbisch Gmünd ist ein wichtiger Teil der Suchthilfe und Prävention für unsere Bürgerinnen und Bürger. Die Sozialberatung kann ihrem Dienst nur dann nachkommen, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen. Etliche Mängel, die der Stadt schon lange bekannt sind, wurden wohl noch nicht angegangen. Wir beantragen, dass zeitnah ein Termin mit dem Hochbauamt stattfindet und die bestehende Mängelliste hinsichtlich Arbeits- und Brandschutz im Frühjahr kommenden Jahres angegangen wird.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Am 21. Dezember 2023 fand bereits ein Termin im Hause Milchgässle 11 mit Vertretern der Sozialberatung statt. Hier wurden die Arbeits- und brandschutzrechtlichen Mängel begutachtet und mit der Sozialberatung besprochen. Im Ergebnishaushalt 2024 sind für die Liegenschaft Milchgässle 11 insg. 35.000 Euro im Bereich Gebäudeunterhalt für die Mängelbeseitigung und Arbeiten an der Fassade vorgesehen. Die Organisation und Koordination der Arbeiten wird im ersten Quartal erfolgen, so dass die Beseitigung der Mängelpunkte und der Fassadenanstrich bis zu den Sommerferien erfolgen kann.

18. Machbarkeit eines Spielplatzes im Bereich des Stadtgartens

- d) Die s.ö.l.-Fraktion beantragt die Prüfung der Machbarkeit eines Spielplatzes im Bereich des Stadtgartens.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es gab bis zur Landesgartenschau 2014 einen Kinderspielplatz im Stadtgarten. Aufgrund verschiedener Faktoren, insbesondere der fehlenden sozialen Kontrolle und daraus resultierender Missstände, wurde der Spielplatz abgebaut und an der Stelle die jetzige Veranstaltungsbühne mit Zuschauerbereich gebaut.

Im Rahmen der zahlreichen Veranstaltungen wie z.B. Konzerte, Märkte oder der Staufersaga wird der Stadtgarten intensiv genutzt. Durch die Anlage eines Spielplatzes werden nicht nur Flächen dauerhaft belegt, die für Veranstaltungen benötigt werden. Es droht zudem auch die Überbeanspruchung der repräsentativen, historischen Gartenanlage.

Es sind mehrere attraktive öffentliche Spiel- und Sportangebote in direkter Nähe vorhanden: Unsere Jugendmeile hinter dem Bahnhof sowie Kinderspielplätze entlang der Grabenallee. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage sollten die knappen Haushaltsmittel für Bestandsspielplätze im gesamten Stadtgebiet eingesetzt und nicht auf wenige Spielplätze in der Innenstadt konzentriert werden.

Aus diesen Gründen sprechen wir uns gegen die Neuanlage eines Spielplatzes aus. Der Stadtgarten sollte weiterhin als schöne Parkanlage erhalten werden und für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

19. Bericht zum Technologiepark Aspen

- f) „Die Fraktion "Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd" fordert die Verwaltung auf, den Gemeinderat über den Stand der Vermarktungsbemühungen zu unterrichten, ferner welche voraussichtlichen Kosten für die Tätigkeit der kommunalen Eigengesellschaft in der Rechtsform einer GmbH anfallen werden, schließlich auch wie diese personell besetzt werden soll. Auch möge sich die Verwaltung dazu äußern, ob wir bei der Veräußerung an etwaige Investoren zumindest die Investitionen, die die Stadt für den Erwerb des Technologieparks Aspen erbracht hat, realisiert werden können.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Zur Vermarktung der Flächen des Technologieparks Aspen ist die Verwaltung mitten in der Prüfung möglicher Optionen. Eine Vorlage zum weiteren Verfahren ist für das 1. Halbjahr 2024 geplant.